



Eine Erfolgsgeschichte



*BZÖ: 113 orange
Initiativen, Ideen
und Reformen für
Österreich*

BZÖ BÜNDNIS
ZUKUNFT
ÖSTERREICH

Fairness. Kontrolle. Vertrauen.



Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Freunde!



Das Bündnis Zukunft Österreich wurde 2005 als eine offene und moderne Form eines politischen Bündnisses – im Gegensatz zu den längst überholten und starren Strukturen und Ausrichtungen klassischer politischer Parteien – gegründet und konnte sich in den vergangenen drei Jahren entgegen aller Prognosen und Vorhersagen einen festen Platz in der politischen Landschaft Österreichs erobern.

Ein entscheidender Schritt war dabei der Einzug ins Parlament, der dem BZÖ bei der Nationalratswahl 2006 gelang. Seit Oktober 2006 hat sich unsere Fraktion als eine markante aber auch konstruktive Oppositionskraft im Hohen Hause behaupten können und hat als solche zahlreiche Initiativen und Aktivitäten für die Österreicherinnen und Österreicher gesetzt.

Mit der Gründung der Zukunftsakademie Österreich Ende 2006 erhielt auch das Bündnis Zukunft Österreich eine politische Bildungseinrichtung. Innerhalb kürzester Zeit gelang es, die operative Tätigkeit aufzunehmen.

Die Zukunftsakademie ist eine Ausbildungsstätte für Interessierte, eine Ideenwerkstatt und ein Forum der politischen

Diskussion. Die Vermittlung demokratischer Werte sowie des nötigen Wissens und der Fähigkeiten, um aktiv an politischen Prozessen teilnehmen zu können stehen im Zentrum ihrer Tätigkeit.

Die Zukunftsakademie ist ebenfalls ein Netzwerk aus Wissen, Information und Kontakten, das die politische Diskussion bereichert. Sie vermittelt politische Inhalte am Puls der Zeit und liefert den Teilnehmern neueste Erkenntnisse. In Zusammenarbeit mit Partnerinstituten organisiert die Zukunftsakademie auch Expertenvorträge, um politische Inhalte zu festigen und weiter zu entwickeln.

Mit der vorliegenden Broschüre legt die Zukunftsakademie Österreich eine umfassende Darstellung über politisches Wirken und Wollen des Bündnis Zukunft Österreich vor, um damit auch ihrem Informationsauftrag zu entsprechen.

Die Zukunftsakademie Österreich stellt eine wichtige Säule unserer politischen Bewegung dar und ist ein unverzichtbares unterstützendes Element für die Fortführung und Weiterentwicklung der politischen Tätigkeit des BZÖ.

Herbert Scheibner, Abg. z. NR, KO stv.
Präsident Zukunftsakademie Österreich

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Freunde!



Mit der Gründung des BZÖ am 17. April 2005 sind wir angetreten, um Österreichs starre und traditionelle Parteienlandschaft aufzubrechen und zu erneuern. Denn nur eine lebendige Parteienlandschaft gewährleistet eine lebendige Demokratie, die sich dynamisch entwickelt und auf die anstehenden Herausforderungen gut reagieren kann. Daher braucht es in Österreich eine moderne Bürgerbewegung rechts der politischen Mitte, die Leistungsdenken mit sozialer Kompetenz und Verantwortung vereinbart, die direktdemokratische Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte durchsetzt und die der Kälte der globalisierten Welt die soziale Wärme der Heimat entgegenstellt.

Allen Widerständen zum Trotz hat sich das BZÖ durchgesetzt! Unser Ziel ist es, ein noch stärkerer Faktor der Innenpolitik zu werden. Denn mit dem BZÖ sind wir in der Rolle des David gegen den Goliath der „Klassenfeind“ des politischen Systems, in dem sich SPÖ und ÖVP ebenso arrangiert haben wie die grün-blaue Opposition. Dieses Polit-Arrangement schadet unserer Heimat – damit muss Schluss sein!

Deshalb ist das BZÖ notwendig – und deshalb wird das BZÖ mit allen Mitteln bekämpft. Denn das BZÖ ist ein Erfolgsmodell: als die innovativste Bewegung mit der größten gestalterischen, problem- und lösungsorientierten Kraft. Wir sind, wie die Erfolgsbilanz des BZÖ belegt, die Ideengeber in der Politik, wir präsentieren die Lösungen mit Vorbildwirkung! Wir lassen die Menschen nicht im Stich!

Das BZÖ – das ist harte Arbeit für Österreich! Mit tollen Initiativen, guten Ideen und wichtigen Reformen für unsere Heimat! Diesen Erfolg wollen wir fortsetzen. Ich bitte Sie und Euch alle, uns bei dieser Arbeit und auf unserem Weg zu unterstützen und zu begleiten – damit unser Österreich auch weiterhin profitieren kann!

Ing. Peter Westenthaler
BZÖ-Bündnis- und Klubobmann



1. FÜR EIN SOZIALES ÖSTERREICH:

1.1. Keine Gehaltserhöhung für BZÖ-Politiker!

Das BZÖ verzichtet – im Gegensatz zu allen anderen Parteien – auf die Erhöhung der Politikergehälter und spendet dieses Geld sozialen Zwecken. So wurden etwa den Hochwasseropfern in Dürnkrot 2006 als Nothilfe 16.000 Euro übergeben.

1.2. Pflegemodell präsentiert!

Die Bundesregierung versinkt im Pflegechaos, kürzt das Pflegegeld real und kassiert jeden Bürger ab, der sich in seinem Leben etwas erspart hat. Das BZÖ hat im Gegensatz dazu ein Pflegemodell erarbeitet, das eine echte Erhöhung des Pflegegelds, die Einführung des Lehrberufs Pflege und einen Pflegefonds vorsieht.

1.3. Sozialpaket eingebracht!

Über eine Million Österreicher, gerade Kinder und Alleinerzieher, sind akut armutsgefährdet. Der Kampf gegen Armut ist eines der Hauptanliegen des BZÖ. Deshalb hat das BZÖ als einzige Partei im Parlament ein umfangreiches Sozialpaket zur Armutsbekämpfung eingebracht.

1.4. Gegen arbeitsloses Grundeinkommen!

SPÖ und ÖVP haben sich auf ein arbeitsloses Grundeinkommen in der Höhe der Mindestpension von 747 Euro geeinigt. Bei einem ange kündigten Mindestlohn



von 1.000 Euro ist der Bundesregierung Arbeit pro Monat damit nur noch rund 70 Euro netto wert! Das BZÖ fordert eine bedarfsorientierte Mindestsicherung für all jene die sie brauchen, aber nicht für alle, die sie wollen, ohne dafür eine Leistung zu erbringen.

1.5. Heizkostenzuschuss beantragt!

250.000 österreichische Haushalte können sich im Winter das Heizen nicht mehr leisten. Deshalb hat das BZÖ mehrmals beantragt, dass der Bund die Förderungen der Länder mittels eines Heizkostenfonds verdoppelt, damit endlich echte soziale Wärme in die Wohnzimmer einzieht!

1.6. Müttergehalt entwickelt!

Mütter leisten einen wertvollen und wesentlichen Beitrag für unsere Gesellschaft. Trotzdem haben 480.000 Mütter in Österreich kein eigenes Einkommen. Deshalb fordert das BZÖ analog zum Mindestlohn ein Müttergehalt. Unsere Familien sind es uns wert!

1.7. Österreichweites Generationengeld!

Das BZÖ tritt dafür ein, ein österreichweites „Generationengeld“ nach dem Vorbild des von BZÖ-Landeshauptmann Jörg Haider in Kärnten eingeführten „Müttergelds“ zu schaffen. Dabei sollen neben der Kindererziehung auch Pflegetätigkeiten daheim als Zugangskriterium zugelassen werden. Das Generationengeld ist eine finanzielle Anerkennung dieser bisher unbezahlten Leistungen in Höhe von Euro 300,- (14x jährlich), das un- oder schlecht versorgten Frauen über 60 Jahren in Österreich ausbezahlt werden soll.

1.8. Kampf gegen Kindergeld-Rückforderungen!

Gerade die ÖVP mit Anti-Familienministerin Kdolsky führt einen Feldzug gegen die Familien. Tausende Familien müssen Geld, das sie schon für ihre Kinder verwendet haben, zurückzahlen. Das BZÖ kämpft gegen diesen Raubzug, hat den Familien kostenlose Rechtshilfe angeboten und führt Musterprozesse, um die Rückforderungen und die unfaire Zuverdienstgrenze zu kippen.



1.9. Gratis Kindergartenjahr!

Das BZÖ fordert, dass das letzte Kindergartenjahr kostenlos angeboten wird. Wir wollen Chancengleichheit für alle Kinder. Kindergärten erhöhen die Bildungschancen unserer Kinder, sind unverzichtbar für die bessere Integration und fördern die soziale Entwicklung.

1.10. Gratis-Nachhilfe in den Ferien durch Lehrer!

50.000 Schülerinnen und Schüler mit einem oder mehreren „Nicht Genügend“ sind auf Nachhilfe angewiesen. Derzeit müssen die Eltern für private Nachhilfe tief in die Tasche greifen. 150 Millionen Euro jährlich betragen die Gesamtkosten, bei durchschnittlichen Nachhilfekosten für die Eltern von 620 Euro pro Jahr. Zu ihrer Entlastung hat das BZÖ eine neue Idee entwickelt: Ein Solidaritätsmodell, bei dem Lehrer in den letzten 3 Wochen vor Schulbeginn verpflichtende Gratis-Nachhilfe erteilen.

1.11. Geburtenbeihilfe präsentiert!

Mit einer Geburtenbeihilfe in der Höhe von 1.000 Euro schafft das BZÖ einen Anreiz für Mehrkindfamilien, eine wesentliche Hilfe für Eltern und besonders für Alleinerzieherinnen. Sie wäre ein positiver Ansatz um eine familienfreundliche Umwelt zu schaffen.

1.12. Echte Pensionserhöhung!

Die Pensionistinnen und Pensionisten stöhnen unter Preisexplosion und Rekordinflation. Im Gegensatz zur Inflation die über 3 Prozent liegt, hat die Regierung die Pensionen im Schnitt nur knapp über 2 Prozent erhöht – also real gekürzt. Das BZÖ verlangt eine echte Pensionserhöhung von mindestens 3 Prozent. Denn unsere Pensionisten haben sich eine echte Pensionserhöhung verdient!



1.13. Unbegrenzte Verlängerung der Hackler-Regelung!

Das BZÖ tritt für die unbegrenzte Verlängerung der Hackler-Regelung ein. 45 Jahre sind genug: Wer 45 Jahre gearbeitet hat, der soll in die verdiente Pension gehen können! So erhalten 20 Prozent aller Pensionsbezieherinnen weniger als 413 Euro. Die durchschnittliche Pensionshöhe aufgrund der Hackler-Regelung zeigt, dass gerade Frauen aufgrund der 40 Versicherungsjahre einschließlich der Kindererziehungszeiten damit bessere Chancen haben. Daher soll die Hackler-Regelung unbegrenzt verlängert werden.

1.14. Pensionsmodell mit Abschaffung des gesetzlichen Antrittsalters!

Das BZÖ schlägt vor, das Pensionssystem versicherungsmathematisch so umzustellen, dass die Menschen über ein Pensionskonto verfügen, wo man jederzeit transparent und tagesaktuell nachsehen kann, über wie viel Pension man bei einem sofortigen Pensionsantritt verfügen könnte. Mit diesem BZÖ-System des „Pensions-Online-

Banking“ steht es jedem Österreicher frei, zu entscheiden, wann er in welchem Alter, nach welcher Arbeitszeit und mit welchen Ruhebezügen in Pension gehen will. Wer früher in Pension gehen will, der kann dies tun, wer länger arbeitet, erarbeitet sich eine höhere Pension.

1.15. Abschaffung der Vermögensgrenze bei der Pflegeförderung

Wer heute als Pflegefall eine staatliche Förderung benötigt, erhält diese erst, wenn er seinen Besitz bis auf 7.000 Euro verbraucht hat. Das bedeutet, dass jeder, der sich in seinem Leben mühsam etwas erspart und Steuern gezahlt hat, so lange keine Leistung erhält, bis er selbst arm ist. Das BZÖ fordert deshalb die Abschaffung dieser Vermögensgrenze.

1.16. „Pakt für ein soziales Österreich“ präsentiert!

Das BZÖ hat bei einer vom BZÖ einberufenen Sondersitzung des Nationalrats einen „Pakt für ein soziales Österreich – gegen Gusenbauers soziale Kälte“ eingebracht, der folgende zehn zentrale Punkte und Forderungen beinhaltet:

- 1) Eine sozial gerechte und leistbare Pflege:
- 2) Steuerentlastung jetzt
- 3) Familienland Österreich
- 4) Teuerungsausgleich
- 5) Autofahrer entlasten
- 6) Kein Österreicher darf mehr frieren
- 7) Kranksein muss man sich leisten können
- 8) Voller Lohn für ganze Arbeit
- 9) Steuerfreiheit für kleine Sparer
- 10) Gerechte Pensionen statt Pensionsraub

1.17. Pilotprojekt Babygeld, Kindergarten- und Schulstartgeld in steirischer Gemeinde umgesetzt!

Das BZÖ hat in der Gemeinde Aich (Stmk.) einen Gemeinderatsbeschluss erwirkt, wonach seit 1. 1. 2008 alle 840 Gemeindeglieder als Pilotprojekt ein Babygeld, ein Schulstartgeld und ein jährliches Kindergartengeld von je 75 Euro erhalten. Das BZÖ verdoppelt diese Summe. Diese Initiative soll genauso wie das Kindergeld in ganz Österreich umgesetzt werden.

1.18. Gesundheitspaket gefordert!

Für eine gute Zukunft des österreichischen Gesundheitssystems ist eine umfassende Struktur- und Verwaltungsreform notwendig. Das BZÖ verlangt in dazu die Zusammenlegung der 28 Sozialversicherungsanstalten. Neben dieser Strukturreform muss es zu einem bundesweit einheitlichen Leistungsangebot für die Versicherten und zu einheitlichen Ärzthonoraren kommen. Es muss Schluß sein mit der Belastungspolitik der Regierung!



2. FÜR MEHR SICHERHEIT:

2.1. Paket zum Kinderschutz!

Die Dunkelziffer bei Kindesmissbrauch liegt zwischen 10.000 und 25.000 Fällen pro Jahr. Jedes vierte Mädchen und jeder sechste Bub unter 16 Jahren werden Opfer von sexuellem Missbrauch. Ein vom BZÖ ausgearbeitetes Fünf-Punkte-Sofortmaßnahmen-Paket soll dieser Entwicklung entgegenwirken.

2.2. Berufsverbot für Kinderschänder!

Wer sich an Kindern vergreift, der darf in seinem Leben nie mehr einen Beruf ausüben, wo er mit Kindern in Berührung kommt. Dieses Berufsverbot hat das BZÖ gefordert – im Mai 2007 wurde es gegen die Stimmen der Grünen im Parlament beschlossen, aber von Justizministerin Berger bis heute blockiert.

2.3. Mehr Polizei beantragt!

Unsere Exekutive stöhnt unter der zunehmenden Kriminalität, bei immer weniger Personal. Deshalb fordert das BZÖ: Mehr Polizei auf die Straßen, um mehr Sicherheit für Österreich zu schaffen!

2.4. Asylgerichtshof für schnellere Asylverfahren!

Mit der Einrichtung des Asylgerichtshofs wurde eine langjährige Forderung des BZÖ erfüllt. Nach dem Fremdenrecht 2006 ist der Asylgerichtshof ein weiterer wichtiger Schritt für schnelle Asylverfahren und gegen Asylmissbrauch.

2.5. Mehr Hafträume statt Haftentlassungsprogramm!

Justizministerin Berger sorgt mit ihrem Haftentlassungsprogramm dafür, dass tausende Straftäter, darunter auch Sexualverbrecher, vorzeitig auf freien Fuß gesetzt werden. Ausländer werden nach Verbüßung der halben Strafe freigelassen. Das BZÖ verlangt höhere Strafen und mehr Hafträume. Leer stehende Kasernen sollen in Strafanstalten umgewandelt werden.

2.6. Sexualstraftäterdatei!

Das BZÖ fordert eine im Internet öffentlich zugängliche Sexualstraftäterdatei, um Sexualverbrecher an den Pranger zu stellen. Eine solche Datei funktioniert in den USA bereits mit Erfolg. Opferschutz geht für das BZÖ vor Täterschutz!

2.7. Lebenslang muss Lebenslang bleiben!

Während die Bundesregierung lebenslang verurteilte Straftäter vorzeitig entlassen will, tritt das BZÖ dafür ein, das „Lebenslang tatsächlich Lebenslang bleiben muss“. Die Opfer spüren lebenslang die volle Härte, die Täter oft nur die halbe Strafe – das ist nicht gerecht!

2.8. Zehn Jahre Mindeststrafe bei Sexualdelikten!

Das BZÖ fordert eine Erhöhung des untersten Strafrahmens für Sexualdeliktsfälle auf mindestens 10 Jahre, bei schwerer Körperverletzung auf 15 bis 20 Jahre und bei Todesfolge in jedem Fall lebenslänglich. Daher: keine vorzeitige Entlassung, keine bedingte Entlassung und auch kein Freigang mit Fußfesseln, denn die Rückfallquote bei Sexualstraftätern liegt zwischen 10 und 70 Prozent!

2.9. Bauverbot von Moscheen und Minaretten!

Das BZÖ ist für Religionsfreiheit, aber gegen die Expansion von Minaretten als islamistische Machtsymbole. Wir haben deshalb eine Parlamentsinitiative für ein Bauverbot für Moscheen und Minarette gestartet.

2.10. Maßnahmenpaket gegen islamistischen Terror!

Das BZÖ hat ein umfangreiches Maßnahmenpaket gegen den islamistischen Terror erarbeitet. Die geforderten Maßnahmen: Einrichtung einer „SOKO Islam“ im Innenministerium, 24-Stunden-Überwachung von sämtlichen islamischen Vereinen, Einrichtungen und sofortige Freigabe sämtlicher Fahndungsmethoden in Österreich zur Bekämpfung des terroristischen Islams, Verbotsgesetz für religiösen Fanatismus, sofortige Ausweisung ausländischer Straftäter bei Ausübung von Gewalt oder Aufruf zur Gewalt sowie die Möglichkeit der Aberkennung einer verliehenen österreichischen Staatsbürgerschaft aus Gründen der Staatssicherheit und die Einführung der großen Kronzeugenregelung.



2.11. Nationalen Sicherheitsrat gegen Rekordkriminalität einberufen!

594.240 angezeigte Straftaten im Jahr 2007, das sind 68 Verbrechen pro Stunde, veranschaulichen das Rekordniveau der Kriminalität in Österreich! Der verantwortliche Innenminister sieht diese Situation trotzdem als „durchaus sehr zufriedenstellend“. Das ist eine eine Verhöhnung der Opfer und ein Schönreden der katastrophalen Sicherheitslage. Das BZÖ hat deshalb den nationalen Sicherheitsrat einberufen und trotz der Weigerung des Bundeskanzlers durchgesetzt.

2.12. BZÖ gegen Schengen-Erweiterung!

Das BZÖ kritisiert die Schengen-Öffnung gegenüber den Ostländern als verfrüht. Anstatt die Grenzen zu schützen, sind die Menschen jetzt schutzlos der Kriminalität ausgeliefert. Das Europa, das die Menschen wollen, kann kein Europa der schrankenlosen Kriminalität sein!

2.13. Staatliche Beteiligungen an privaten Haushaltsversicherungen und Sicherheitsanlagen!

Das BZÖ fordert, dass die Regierung nach dem Fall der Schengen-Grenzen nun auch Verantwortung für den Schutz der Bevölkerung übernimmt: erstens durch eine staatliche Beteiligung an den Haushaltsversicherungen aller Österreicher, zweitens mittels einer Förderung privater Sicherheitsanlagen.

2.14. Korruptions-Untersuchungsausschuss mitinitiiert!

Nachdem unglaubliche Skandale im Innenministerium aufgedeckt wurden, hat das BZÖ einen Korruptions-Untersuchungsausschuss mitbeschlossen. Dem BZÖ

geht es dabei nicht um ein Polittribunal, sondern um echte Aufklärung. Das BZÖ sorgt mit Fraktionsführer Klubobmann Peter Westenthaler für eine unabhängige Kontrolle.

2.15. BIA-Skandal aufgedeckt und BIA-Auflösung erreicht!

Das Büro für Interne Angelegenheiten (BIA) hat offensichtlich zahlreiche Österreicherinnen und Österreicher, darunter Politiker wie Landeshauptmann Haider aber auch unbescholtene Privatpersonen, ohne richterliche Ermächtigung abgehört und bespitzelt. Bereits 2005 hat das BZÖ diesen Skandal aufgedeckt und jetzt über massiven Druck die Auflösung des BIA erreicht.

2.16. Anti-Korruptionsgesetz für Abgeordnete!

Derzeit sind in Österreich Abgeordnete bei Korruption straffrei. Bestechung wird nur bei Beamten bestraft, ebenso bei Ministern. Das BZÖ fordert, dass alle bisherigen Korruptionsbestimmungen zusammengefasst werden sollen und ein Straftatbestand für Politiker eingefügt wird. Der Straffrahmen soll generell angehoben, Abgeordnete einer besonders scharfen Anti-Korruptionsregelung unterstellt werden.

2.17. Allgemeines Bettelverbot!

Der aktuelle UNICEF-Bericht des UN-Kinderhilfswerks bestätigt, dass jährlich 1,2 Millionen Kinder zu Opfern von Kinderhandel werden. Experten gehen davon aus, dass der Kinderhandel auch in Österreich stattfindet. Das BZÖ fordert daher ein allgemeines Bettelverbot. Hier werden Kranke, alte Menschen und auch Kinder ins Land gebracht, um das goldene Spenderherz der Österreicher auszunutzen.

3. STEUERN SENKEN, WIRTSCHAFT STÄRKEN:

3.1. Pendlerkosten zu 100 Prozent absetzbar machen!

Um die Pendler zu entlasten, ist die volle steuerliche Absetzbarkeit der Fahrtkosten zum und vom Arbeitsplatz eine sinnvolle Maßnahme. Das fördert die Wirtschaft, sichert Arbeitsplätze und entlastet die Beschäftigten!

3.2. Spritpreis: 1 Liter = 1 Euro!

Eine Senkung von Mineralöl- und Mehrwertsteuer ist ein Gebot der Stunde! Durch eine Steuerflexibilisierung soll 1 Liter Sprit nur noch rund 1 Euro kosten. Das heißt: Wenn der Spritpreis steigt, sinkt die Mehrwertsteuer, wodurch der Preis konstant bleibt. Und: Es braucht eine amtliche Höchstpreisregelung nach dem Vorbild Luxemburgs – damit Tanken nicht zum Luxus wird.

3.3. Erbschaftssteuer abgeschafft!

Mit der Abschaffung der Erbschaftssteuer durch den Verfassungsgerichtshof wurde eine BZÖ-Forderung erfüllt. Das Ende dieser Steuer ist nur gerecht, weil das angesparte Vermögen ohnehin schon versteuert worden ist.

3.4. Schalle-Plan für KMU-Paket!

Der Plan des ehemaligen Billa-Chefs und jetzigen BZÖ-Abgeordneten Veit Schalle sieht eine massive Entlastung der kleinen und mittleren Unternehmer durch Einführung der „Business Tax“ vor. Weiters verlangt der

BZÖ-Wirtschaftsexperte in seinem „Schalle-Plan“ die Abschaffung der Zwangs- und Mehrfachmitgliedschaften in den Kammern.

3.5. Mitarbeiter am Unternehmens- gewinn beteiligen!

Während die großen Unternehmen Rekordgewinne einfahren, steigen die Löhne und Gehälter der Mitarbeiter kaum. Die Beschäftigten sollen daher am Unternehmensgewinn beteiligt werden. Dadurch können Mitarbeiter durch eine Prämie in Form eines 15. Monatsnetto Gehalts profitieren!

3.6. „Business Tax“ und „Fair Tax“ einführen!

Die steuerliche Situation des Mittelstands soll durch Schaffung der Rechtsformneutralität verbessert werden. Durch die steuerliche Gleichbehandlung aller Unternehmen ergibt sich eine (maximal) 25%ige Besteuerung. Auch fordert das BZÖ die Zusammenfassung der drei betrieblichen Einkunftsarten (Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, selbstständige Arbeit, Gewerbebetriebe) zu einer Einkunftsart für Unternehmen im Einkommensteuergesetz. Diese „Business Tax“ ist übersichtlicher und einfacher.





3.7. Steuerfreiheit für Überstunden!

Eine Steuerfreistellung von Überstunden ist ein Anreiz zur Leistungsförderung. Das BZÖ-Modell sieht vor, 20 Überstunden pro Monat gänzlich steuerfrei zu stellen und dann eine Deckelung einzuführen. 764.000 Österreicher würden mit durchschnittlich 400 Euro von dieser Entlastung profitieren!

3.8. BZÖ für 1.300 Euro Mindestlohn!

Arbeit und Leistung müssen sich lohnen! Deshalb fordert das BZÖ einen Mindestlohn in der Höhe von 1.300 Euro brutto – das sind echte 1.000 Euro netto – statt der von der Bundesregierung geplanten „Faulensicherung“ in Form der Mindestsicherung.

3.9. Halbierung der Mehrwertsteuer bei Medikamenten!

Österreich hat auf Medikamente die zweithöchste Mehrwertsteuer in Europa. Eine Halbierung der Mehrwertsteuer auf Medikamente würde eine Entlastung von bis zu 300 Millionen Euro für Patienten und Krankenkassen bringen!

3.10. CO2-Steuer verhindert!

Das BZÖ hat gegen die Pläne von ÖVP-Umweltminister Josef Pröll, eine eigene CO₂-Steuer einzuführen und den Menschen Urlaubsreisen mit dem Flugzeug zu verbieten, massiv protestiert und diese verhindert. Die Österreicher dürfen nicht mit neuen Steuern belastet und in ihrer Freiheit eingeschränkt werden!

3.11. Neue Partnerschaft von Arbeitnehmern und Arbeitgebern!

Mit der Deklaration „Gemeinsam Erfolgreich“ hat das BZÖ den Grundstein für eine neue Partnerschaft von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gelegt. Die Zeiten von Klassenkampf und Arbeitskampf sind vorbei. Um auch in Zukunft eine gute Entwicklung zu sichern, ist eine gleichberechtigte Partnerschaft im Interesse von Beschäftigten und Unternehmern notwendig.

3.12. Gegen Steuer- und Gebührenerhöhungen!

SPÖ und ÖVP haben einen Gebührenstopp für 2008 angekündigt, aber bereits 2007 alle Gebühren – Mineralölsteuer, Vignette, Krankenversicherungsbeiträge, etc. – erhöht. Zuletzt wurden die ORF-Gebühren um 10 Prozent angehoben. Das BZÖ verlangt das Einfrieren der Gebühren auf dem Stand von 2006.

3.13. Teuerungsausgleich – Anti-Inflationspaket!

Das BZÖ hat ein 5-Punkte-Paket zur Inflationsbekämpfung beantragt, das sofort umgesetzt und finanziert werden könnte: ein sofortiger Teuerungsausgleich in der Höhe von 200 Euro, Gebührenstopp, Lohnsteuersenkung, Halbierung der Mehrwertsteuer auf Medikamente, Abschaffung der Besteuerung von Überstunden.

3.14. Konjunkturstützungspaket zur Ankurbelung der Wirtschaft!

Die SPÖ/ÖVP-Regierung muss angesichts der alarmierenden Entwicklung auf den Weltmärkten endlich aus ihrem Dauerschlaf aufwachen. Deshalb hat das BZÖ ein Konjunkturstützungspaket präsentiert: Damit der Wirtschaftsmotor weiterläuft und es ein Mehr an Kaufkraft gibt!

3.15. KEST-Entlastung für kleine Sparer!

Eine Abschaffung der KEST für kleine Spareinlagen bis zu 15.000 Euro pro Person wäre eine echte Entlastung für hunderttausende Österreicher, die ihr schwer verdientes Geld auf's Sparbuch legen. Das ist eine sozial gerecht steuerpolitische Maßnahme, die jene entlastet, die diese Entlastung dringend brauchen, aber nicht jene bevorzugt, die über hohe Einkünfte aus Kapitalerträgen verfügen.

3.16. Lohnsteuer- und Einkommenssteuergrenzen anheben!

Das BZÖ fordert, dass bei einem 23-prozentigen Steuersatz die Einkommensgrenze auf 35.000 Euro und bei 33,5 Prozent Steuersatz auf 75.000 Euro angehoben wird. Erst ab 75.000 Euro soll der Höchststeuersatz von 50 Prozent angewendet werden. 1,6 Millionen Einkommensbezieher würden mit durchschnittlich 765 Euro pro Jahr entlastet. Dadurch würden wir Kaufkraft und Konjunktur stärken!

3.17. Steuerentlastung jetzt – Steuerstrukturreform 2010!

Die Menschen können sich aufgrund der Teuerungen das Leben nicht mehr leisten und der Konjunkturmotor gerät ins Stottern. Daher ist es notwendig, die Menschen

mittels eines Steuersenkungsprogramms sofort zu entlasten. Eine Gesamtänderung für mehr Einfachheit und Gerechtigkeit im Steuersystem („Fair Tax“ und „Business Tax“) soll bis 2010 umgesetzt werden.

3.18. Initiative für Spendenabsetzbarkeit!

Die steuerliche Absetzbarkeit privater Spenden für soziale Zwecke wurde während der BZÖ-Regierungszeit fixiert, von SPÖ und ÖVP jedoch wieder auf Eis gelegt. 80 Prozent der Österreicher spenden. Bei einer derart großen Hilfsbereitschaft muss alles getan werden, um die Spendenbereitschaft nicht zu bestrafen!

3.19. AMS-Reform!

Das Arbeitsmarktservice hat sich als zentraler Jobvermittler nicht bewährt. Arbeitssuchende werden verwaltet und nicht vermittelt. Das BZÖ fordert daher eine rechtliche Gleichstellung von privaten Arbeitsvermittlern und dem AMS, sowie langfristig eine vollständige Privatisierung des AMS.



4. NEIN ZU VERBOTS- POLITIK:

4.1. Gegen Verbots- und Bevormundungspolitik!

Das BZÖ tritt als einzige Partei strikt gegen jede staatlich verordnete Bevormundungs- und Verbotspolitik ein, sondern fördert die Selbstverantwortung und Eigenständigkeit einer Gesellschaft mündiger Bürger.

4.2. Gegen generelles Rauchverbot!

Das BZÖ kämpft gegen ein generelles und gesetzliches Rauchverbot und hat über 20.000 Unterschriften gesammelt. Wir stehen für die Freiheit des Unternehmers, gegen die Verbots- und Entmündigungspolitik der großen Koalition und haben mit der online-Plattform www.ohneverbotgehtsauch.at eine Bürgerinitiative gegen die Raucher- und Gastronomenhetze gestartet.



4.3. Gegen generelles Tempo 100 auf Autobahnen!

In der Steiermark hat das BZÖ mittels einer Selbstanzeige Tempo 100 auf der Autobahn zu Fall gebracht. Auch in den anderen Bundesländern hat der massive Protest des BZÖ und der Autofahrer Wirkung gezeigt.



4.4. Gegen Handyverbot!

In Graz hat die schwarz-grüne Regierung ein Handyverbot in öffentlichen Verkehrsmitteln eingeführt. Das BZÖ kämpft gegen diese unsinnige Schikane.

4.5. Gegen Flugreisenverbot!

Umweltminister Pröll hat tatsächlich in Erwägung gezogen, den Österreichern private Fernreisen zu verbieten. Dieser Vorschlag Prölls ist nicht nur dumm, sondern massiv gefährlich für das Tourismusland Österreich. Gäste aus Japan und China werden sicher nicht mit dem Fahrrad nach Österreich kommen.

4.6. Gegen Verbot von Geländewagen in Städten!

Klar abgelehnt wird vom BZÖ die absurde Forderung der Grünen, in Städten Fahrbeschränkungen für Geländewagen einzuführen. Österreich braucht keine Öko-Diktatur nach den Plänen der Grünen, sondern eine vernünftige Klimaschutz-Politik.

5. NEIN ZUM EU-DIKTAT:

5.1. Zahlungen an EU einfrieren!

Die Nettoszahungen Österreichs an die EU steigen exorbitant auf bis zu 860 Millionen Euro pro Jahr an. 2008 zahlt jeder Österreicher, vom Baby bis zum Pensionisten, 103 Euro netto nach Brüssel. Wenn die EU nicht mehr österreichische Interessen vertritt, dann braucht Österreich auch keine Interessen der EU vertreten. Das BZÖ verlangt von der Regierung, die Nettobeiträge an die EU dauerhaft einzufrieren und für Maßnahmen in Österreich, wie einen Teuerungsausgleich und eine Steuersenkung, zu verwenden!

5.2. Neuverhandlung eines Vertrages für Europa

Das BZÖ hat einen bundesweiten Volksentscheid über den EU-Vertrag beantragt. In Kärnten wurden für die Abhaltung einer Volksbefragung 15.500 Unterschriften gesammelt. Mit dem Nein der Iren ist der EU-Vertrag in seiner vorliegenden Form gescheitert. Die kritische Haltung des BZÖ wurde damit voll inhaltlich bestätigt. Wir fordern daher eine Neuverhandlung eines Vertrages für Europa mit dem Ziel einer vollständigen Reform der EU und der Schaffung eines Bundes europäischer Staaten (Kerneuropa). Darüber sind europaweit in allen Mitgliedsstaaten nationale Volksabstimmungen abzuhalten.

5.3. Kampf gegen EU-Diktat!

Österreich ist zwar der größte pro Kopf Nettozahler nach Brüssel, hat aber in der EU immer weniger Mitbestim-



mungsrechte. Gusenbauer, Plassnik & Co. geben sich als Musterschüler, anstatt aufrecht die Interessen Österreichs zu vertreten. Daher kämpft das BZÖ gegen das EU-Diktat aus Brüssel!

5.4. Bekenntnis zur gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik

Weltweit dominieren noch immer die USA in sicherheitspolitischen Fragen. Als Gegengewicht zu dieser Dominanz ist eine eigenständige europäische Identität in Sicherheits- und Verteidigungsfragen zur Wahrung österreichischer und europäischer Interessen unabdingbar. Dabei sind sowohl die österreichische als auch die europäischen Regierungen uneinig und säumig.

5.5. Gegen EU-Zuwanderungsdiktat durch „Blue Card“!

Die EU-Kommission plant, mittels einer „Blue Card“ Österreich Zuwanderung aufzuzwingen. Das bedeutet, dass die EU entscheiden kann, wie viele und welche Ausländer nach Österreich kommen. Ein solches EU-Zuwanderungsdiktat lehnt das BZÖ ab: Österreich muss sich selbst aussuchen können, wer ins Land kommt.

5.6. BZÖ-Modell für ein „Europa der verschiedenen Integrationsstufen“!

In der EU werden nicht alle Länder gleich vertieft sein können, deshalb soll diesen Staaten ein „Europa der verschiedenen Integrationsstufen“ angeboten werden. Stufe eins: Ein Kerneuropa mit Wirtschafts-, Währungs- und Sicherheitsunion; Stufe zwei: Länder, die nur Teile davon wollen; Stufe drei: Länder, die nur eine Partnerschaft haben können oder wollen.

5.7. Re-Nationalisierung statt Zentralisierung!

Das BZÖ fordert die Renationalisierung von an die EU abgetretenen Kompetenzen, insbesondere die Landwirtschaftsagenden, die in Österreich besser behandelt werden können.

5.8. Nein zum EU-Beitritt der Türkei!

Das BZÖ ist massiv gegen einen EU-Beitritt der Türkei. Die Türkei kann die für einen Beitritt erforderlichen Kriterien nicht erfüllen und ist nicht Teil Europas. Stattdessen soll



die EU in Verhandlungen mit der Türkei mit der Zielrichtung einer primärrechtlich verankerten verstärkten Zusammenarbeit in Form einer Partnerschaft mit Europa eintreten.

5.9. Für gentechnikfreies Österreich!

Die EU zwingt Österreich gentechnisch veränderten Mais auf. Die Interessen der Menschen und der Umwelt zählen nichts, sondern nur mehr das Diktat aus Brüssel. Das BZÖ fordert gentechnikfreie Nahrungs- und Lebensmittel und verlangt auch aus diesem Grund, die Nettozahlungen Österreichs einzufrieren.

5.10. Kampf gegen Atomkraft!

Die EU und Tschechien ignorieren die Angst der Österreicher vor dem Schrott-Atomreaktor Temelin, wo bereits über 100 Störfälle verzeichnet wurden. Das BZÖ hat in seiner Regierungszeit eine Völkerrechtsklage gegen Tschechien initiiert, die im Nationalrat einstimmig beschlossen wurde. SPÖ und ÖVP ignorieren diesen Parlamentsbeschluss.

5.11. „Made in Austria“ erhalten!

Die EU plant, das Herkunftsmerkmal „Made in Austria“ durch „Made in EU“ zu ersetzen. Damit würde die österreichische Exportwirtschaft geschädigt und unsere strengen Lebensmittel-Qualitätsstandards ausgehebelt. Die Österreicher haben ein Recht darauf zu erfahren, woher ihre Produkte kommen!

5.12. Tempobeschränkung 160 bei Autos bekämpft!

Autos sollen nach den Vorstellungen der EU bei Tempo 160 abgeriegelt werden. Auch diesen EU-Regulierungswahnsinn bekämpft das BZÖ.

6. INTEGRATION VOR NEUZUZUG:

6.1. Maximal 30% Ausländer in Schulklassen!

Das BZÖ hat im Nationalrat einen Beschluss erreicht, wonach in Klassen der Anteil von Kindern mit nicht deutscher Muttersprache max. 30 % betragen darf. Ein zu hoher Ausländeranteil in Schulen bringt Benachteiligungen für österreichische Kinder, die dadurch im Lernfortkommen aufgehalten werden. Auch Kinder nicht deutscher Muttersprache lernen die Sprache nicht und werden nicht integriert.

6.2. Sozialleistungen für Integrationsunwillige kürzen!

Ausländer erhalten mehr aus dem Sozialtopf, als sie einbezahlen. Sie sind nicht Nettozahler, sondern Nettoempfänger, was vor allem die Sozialleistungen auf Landesebene betrifft. So gibt es etwa in Wien 19.000 ausländische Sozialhilfeempfänger. Sozialleistungen stehen in erster Linie der österreichischen Bevölkerung zu, die dafür auch hart arbeitet. Daher verlangt das BZÖ, die Auszahlung von Sozialleistungen an die Integrationswilligkeit von Ausländern zu koppeln.

6.3. Zuwandererquote für 2007 gesenkt!

Das BZÖ hat die massive Senkung der Zuwandererquote für das Jahr 2007 erreicht. Während die ÖVP nur eine Reduktion von 15 Niederlassungen geplant hat, hat das BZÖ eine Senkung um 500 Aufenthaltsbewilligungen durchgesetzt. SPÖ und ÖVP haben die Zuwandererquoten für 2008 massiv erhöht und damit Lohndumping und erneuter Massenzuwanderung Tür und Tor geöffnet.



6.4. Gegen automatisches Bleiberecht!

Das BZÖ lehnt ein automatisches Bleiberecht für Zuwanderer ab. Dies wäre eine unverantwortliche Einladung an Zuwanderer, nach Österreich zu kommen, dort Verfahren zu verzögern oder unterzutauchen, um dann nach einigen Jahren unbegrenzt in Österreich bleiben zu dürfen. Jeder Fall muss einzeln geprüft werden!

6.5. Humanitärer Ermessensspielraum bei Aufenthaltsgenehmigungen!

Das BZÖ tritt für die Schaffung eines gesetzlich definierten Ermessensspielraums ein, wo klare Kriterien für die Bestimmung des Integrationsgrades festgelegt werden müssen: Behördenverzug, lange Aufenthaltsdauer, Integrationswille, Einwilligung der Gemeinde, Unbescholtenheit.

6.6. Strenges Fremdenrecht umgesetzt!

Das BZÖ hat das geltende strenge Fremdenrecht umgesetzt. Dieses Gesetz zeigt deutlich Wirkung. Damit sind die Nettozuwanderung, die Anzahl der Asylanträge und die Einbürgerungen stark zurückgegangen. Das von SPÖ/ÖVP-Regierung geplante Aufweichen des Fremdenrechts wird vom BZÖ massiv bekämpft.

6.7. Sieben-Punkte-Forderungspaket gegen Ausländerkriminalität!

Für die Sicherheit der Österreicherinnen und Österreicher hat das BZÖ ein Sieben-Punkte-Forderungspaket gegen Ausländerkriminalität präsentiert:

1. Vorbestrafte Asylwerber sofort abschieben
2. Zuwanderern Fingerabdrücke abnehmen
3. Keine generelle Arbeitserlaubnis für Asylwerber
4. Keine Aufweichung der strengen Fremden Gesetze
5. Kein generelles Bleiberecht für Asylwerber
6. Keine vorzeitigen Haftentlassungen
7. Entwicklungshilfe an Rücknahmeabkommen koppeln

6.8. Für Zuwanderungsstopp!

Um eine erfolgreiche Integration zu ermöglichen, fordert das BZÖ einen sofortigen Zuwanderungsstopp. Integration ist keine Einbahnstraße. Zuwanderer müssen ihren Beitrag leisten. Wer sich nicht integrieren will, das Land und dessen Sitten nicht akzeptiert, wird nicht in Österreich bleiben können.

6.9. Einführung einer „Green Card“!

Österreich muss sich eine künftige Zuwanderung mittels einer „Green Card“ selbst aussuchen können. Nach einem Punkte-System soll Österreich nutzbare Kriterien festlegen, unter welchen Voraussetzungen jemand nach Österreich kommen darf. Wesentliche Faktoren sind: Ausbildung, Sprachkenntnisse, Berufserfahrung, Alter, zugesagte Arbeitsstelle, Anpassungsfähigkeit. Damit nur jene Menschen ins Land kommen, die wir wirklich brauchen.

6.10. Einführung eines Familiervisum!

SPÖ und ÖVP haben die Quote für den Familiennachzug undifferenziert erhöht. Es kann nicht sein, dass grundsätzlich jeder seine Familienmitglieder nach Österreich holen kann, die wiederum nicht integriert sind. Bei einem Familiervisum muss hingegen der Antragsteller nachweisen, dass er Verwandte im Zuwanderungsland hat, die bereit sind, ihn wirtschaftlich zu unterstützen.

6.11. Ausbau des Integrationsvertrags!

Zugewanderte müssen sich unter der Androhung von Konsequenzen, die bis zur Abschiebung reichen, zur Integration verpflichten. Durch den Ausbau des Integrationsvertrags soll Ausländern grundlegendes Wissen über Rechte und Pflichten und umfassende Informationen vermittelt werden, um die Integrationsfähigkeit zu verbessern.

6.12. Kein Ausländerwahlrecht!

Die Einführung eines Ausländerwahlrechts lehnt das BZÖ ab.



7. MEHR IDEEN FÜR ÖSTERREICH:

7.1. Linksruck verhindert!

Mit dem erfolgreichen Einzug des BZÖ in den Nationalrat konnte eine drohende rot-grüne Regierung verhindert werden. Das BZÖ hat sich als einzige Partei immer bereit erklärt, Regierungsverantwortung zu übernehmen, um die große Koalition, die Österreich schadet, zu vermeiden. FPÖ und Grüne haben die SPÖ/ÖVP-Koalition sogar begrüßt und weigern sich, Verantwortung für Österreich zu tragen.

7.2. Einzug in den Nationalrat und Grazer Gemeinderat!

Das BZÖ hat dort, wo man vorbereitet und wettbewerbsfähig in Wahlen gegangen ist, den Einzug in die Parlamente geschafft. Sowohl der Einzug in den Nationalrat, wie auch in den Grazer Gemeinderat zeigen, dass das BZÖ ein fixer Faktor in der österreichischen Parteienlandschaft ist. Auch der sensationelle Aufschwung in Kärnten ist ein Beweis für die Nachhaltigkeit des BZÖ.



7.3. Gegenmodell zum Regierungsprogramm!

Als einzige Opposition hat das BZÖ angesichts des desaströsen Regierungsprogramms von SPÖ und ÖVP im



Parlament ein umfassendes Gegenmodell eingebracht. Das BZÖ steht für konstruktive Kritik mit besseren Lösungen! Während SPÖ und ÖVP Steuern, Abgaben und Gebühren erhöhen und für die Österreicher ein noch nie da gewesenes Belastungspaket geschnürt haben, legt das BZÖ ein Entlastungsprogramm vor: Wir sparen am System, nicht bei den Menschen!

7.4. Nationalrat halbieren, Bundesrat abschaffen!

Das BZÖ verlangt eine umfassende politische Verwaltungsreform. Nationalrat, Landesregierungen und Landtage sollen halbiert, Bundesrat und Landesschulräte abgeschafft werden. Das BZÖ will damit auch drastisch einsparen: 100 Prozent für die Bürger mit 50 Prozent der Kosten – klar, einfach und zeitgemäß. Das Einsparungsvolumen liegt bei rund 100 Millionen Euro.

7.5. Verwaltungs- und Staatsreform beantrag!

Das BZÖ hat eine umfassende Verwaltungsreform mit dem Ziel massiver Einsparungen beim System und den Politikern beantragt. Denn: Der Staat soll den Bürgern dienen, nicht umgekehrt!

7.6. Einklagbarkeit von Wahlversprechen!

Die SPÖ/ÖVP-Koalition der gebrochenen Wahlversprechen hat gezeigt, dass wir in Österreich eine solche Maßnahme zum Schutz der Wählerinnen und Wähler brauchen. Für das BZÖ ist die Einklagbarkeit von Wahlversprechen ein Akt der demokratiepolitischen Hygiene und ein notwendiger Schutz der Wähler vor dem Missbrauch demokratischer Spielregeln. Wir wollen mit der Einklagbarkeit konkreter Wahlversprechen einen „demokratiepolitischen Konsumentenschutz“ schaffen: Wenn ein Politiker die Bevölkerung anlügt, soll er mit Konsequenzen rechnen müssen!

7.7. Initiative für mehr Plenartage und geregelte Redezeiten!

Das BZÖ tritt für eine sofortige Änderung der Geschäftsordnung des Nationalrats ein. Demnach soll die Redezeit strikter geregelt und Anfang und Ende von Nationalratssitzungen klarer definiert sein. Dafür soll es aber mehr Plenartage geben.



7.8. Gehaltskürzung für Regierung beantragt!

Das BZÖ hat eine Gehaltskürzung für Regierungsglieder beantragt. Wer nur streitet und nichts arbeitet, der hat sich auch sein aus Steuergeldern finanziertes Gehalt nicht verdient!

7.9. Abschaffung der Parlaments-Sommerpause!

Das BZÖ hat beantragt, die Sommerpause des Parlaments auszusetzen, um die Koalition der Arbeitsverweigerung zur Arbeit zu zwingen. Mit einer permanenten Parlamentsarbeit über den Sommer, würde die Regierung gezwungen werden, Ministerräte abzuhalten und Gesetzesvorlagen zu präsentieren.

7.10. Generelle Abschaffung der parlamentarischen Immunität!

Als einzige Partei hat das BZÖ eine generelle Abschaffung der Immunität für politische Mandatäre beantragt. Die Immunität ist ein Überbleibsel aus der Monarchie, wo damals die Abgeordneten vor der Willkür des Kaisers geschützt werden mussten. Jetzt ist es traurige Realität, dass SPÖ und ÖVP mit ihrer Auslieferungspraxis die Immunität untergraben. Die Auslieferungspraxis entwickelt sich zu einem Instrument der Regierung, unbequeme Oppositionspolitiker mit gezielter Rufschädigung und Vorverurteilung zu verfolgen.

7.11. Volkswahl der Volksanwälte!

Das BZÖ fördert direktdemokratische Entscheidungen und hat daher angesichts des Parteienstreits rund um die Bestellung des dritten Volksanwalts vorgeschlagen, die Volksanwälte direkt vom Volk wählen zu lassen. Um Kosten zu minimieren, soll dies an bundesweite Wahlen gekoppelt sein.

7.12. Unabhängige Richter als U-Ausschuss-Vorsitzende!

Das BZÖ fordert, dass unabhängige Richter den Vorsitz bei Untersuchungsausschüssen führen sollen. Die letzten Untersuchungsausschüsse sind deshalb gescheitert, weil sie als politisches Exerzierfeld und Tribunal missbraucht worden sind. Nur mit unabhängigen Richtern als Vorsitzenden ist Unabhängigkeit gesichert und das Vertrauen der Bevölkerung in dieses wichtigste Instrument der parlamentarischen Kontrolle gewährleistet!

7.13. Initiative für unabhängigen Justizminister!

Angesichts der Skandale rund um Innen- und Justizministerium will das BZÖ, dass künftig das Innenministerium und das Justizministerium per Gesetz unabhängig gestaltet werden. Das BZÖ hat dazu einen umfassenden Antrag vorgelegt.

7.14. Für öffentliche TV-Übertragungen aus dem Parlament!

Angesichts immer stärkerer Mediensensur bei Fernsehübertragungen aus dem Parlament verlangt das BZÖ mehr Transparenz und Öffentlichkeit. Was die TV-Übertragung von Plenarsitzungen betrifft, tritt das BZÖ für ein allgemein zugängliches Live-Signal ein, das auch von privaten Fernsehstationen verwendet werden kann. Auch in Deutschland und den USA gibt es eine derartige Regelung.

7.15. Nebeneinkommen offengelegt, Parteifinzen extern geprüft!

Während in anderen Parteien Abgeordnete hohe Nebeneinkünfte erhalten und sich weigern, diese zu

veröffentlichen, haben alle BZÖ-Abgeordneten ihre Nebeneinkünfte völlig offengelegt. Auch hat das BZÖ als einzige Partei seine Finanzen durch eine unabhängige Wirtschaftsprüfungskanzlei prüfen lassen. Denn Transparenz und Ehrlichkeit sind unverzichtbar, um glaubwürdig die Interessen der Österreicherinnen und Österreicher vertreten zu können!

7.16. Begrenzung der Klassenschülerhöchstzahl!

Die Begrenzung der Klassenschülerhöchstzahl auf maximal 25 Schüler wurde bereits 2006 beschlossen, aber von der SPÖ/ÖVP-Regierung aufgeweicht und nur halbherzig umgesetzt. Durch eine Toleranzgrenze von 20 Prozent können wieder 30 Schüler in einer Klasse sitzen. Außerdem gilt diese Regelung nur für die ersten Klassen von Pflichtschulen und AHS, während BHS ausgenommen sind. Das BZÖ fordert eine echte Senkung der Schüleranzahl auf maximal 25 und die sofortige Aufnahme der rund 1500 zusätzlich benötigten Lehrer, um die qualifizierte Ausbildung unserer Kinder zu sichern!



7.17. Schulstartgeld!

Das BZÖ fordert die bundesweite Umsetzung eines Schulstartgelds von 50 Euro pro Schüler. Am 12. September 2006 wurde der BZÖ-Antrag für die Einführung eines Schulstartgeldes im Parlament beschlossen, bis jetzt aber von SPÖ und ÖVP nicht umgesetzt. Laut einer Studie der Arbeiterkammer geben Eltern zu Schulbeginn für ihr Kind durchschnittlich 130 Euro aus. Der Schulbeginn kostet die Eltern jedes Jahr 225 Millionen Euro. Unter BZÖ-Landeshauptmann Jörg Haider in Kärnten ist das Schulstartgeld bereits Realität!

7.18. BZÖ-Modell gegen Komatrinken!

Das BZÖ hat ein 6-Punkte-Programm gegen das Komatrinken von Jugendlichen erarbeitet. Die Forderungen: bundeseinheitliches Jugendschutzgesetz, Steuersenkung bei alkoholfreien Getränken, mehr Bewusstseinsbildung und Aufklärungskampagnen statt Verboten, strengere Kontrollen der Gastronomiebetriebe, Supermärkte und Tankstellen, einheitlicher Jugendausweis, Prävention ab dem Kindergartenalter und ein Appell an die Verantwortung der Eltern.



7.19 Abschaffung der ÖH!

Die ÖH hat sich in ihrer bisherigen Form überlebt und ist nicht mehr zeitgemäß. Ihre Abschaffung ist überdies die Konsequenz aus dem Desinteresse der Studierenden. Das BZÖ tritt für die Einrichtung von Studienmentoren zur Beratung der Studierenden und zur Aufhebung von Missständen an Universitäten und Fachhochschulen ein.

7.20. Einführung eines Uni-Schecks!

Angesichts des Ansturms ausländischer Studenten auf die österreichischen Universitäten hat das BZÖ das Modell des Uni-Schecks entwickelt. Dieses Modell benachteiligt die österreichischen Studierenden nicht und ist EU-konform. Dafür sollen die Studiengebühren im ersten Semester auf 5.000 Euro angehoben werden. Österreichische Maturanten erhalten einen Uni-Scheck in der Höhe von 4.620,78 Euro, wodurch der Uni-Beitrag für sie weiterhin 379,22 Euro beträgt.

7.21. Senkung der Volljährigkeit!

Als halben Schritt sieht das BZÖ die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Sinnvoll wäre, auch die Volljährigkeit von 18 auf 16 Jahre herabzusetzen. Damit würden junge Menschen insgesamt mehr Rechte aber auch Pflichten erhalten. Das BZÖ hat daher parlamentarische Initiativen gesetzt, um die Volljährigkeit zu senken und die Anerkennung der jüngeren Generation zu vollziehen.

7.22. Klimapass für Neuwagen!

Ein Klimapass für Neuwagen, wie vom BZÖ vorgeschlagen, würde zur Information der Käufer und zur Entlastung der Umwelt beitragen und Druck auf die Autofirmen erzeugen, umweltfreundliche Fahrzeuge zu produzieren – ohne mit Mehrkosten für die Konsumenten verbunden zu sein.

7.23. 20-Punkte-Klimaschutzprogramm!

Angesichts der Bedeutung des Klimaschutzes hat das BZÖ ein eigenes 20-Punkte-Programm erarbeitet und im Parlament eingebracht. Wir haben die Verpflichtung, unseren Kindern eine intakte Umwelt zu hinterlassen, denn: Klimaschutz ist Heimatschutz. Umwelt- und Klimaschutz wird man nicht mit Steuererhöhungen erreichen können, sondern ausschließlich mit Förderung und Sensibilisierung!

7.24. Autofahrerinitiative www.melkkuh.at!

Das BZÖ tritt gegen die Belastungslawine der Bundesregierung für die Autofahrer auf und hat über die online-Plattform www.melkkuh.at eine überparteiliche Bürgerinitiative gegründet. Über 540 Millionen Mehrbelastung allein durch die Erhöhung der Mineralölsteuer sind ein massiver Anschlag auf die Pendler, die auf das Auto angewiesen sind, um zu ihrem Arbeitsplatz zu gelangen – die Verteuerung der Vignette, eine CO₂-Steuer und drohende Pkw-Maut noch gar nicht eingerechnet!



7.25. Aus für Tempo 130!

Es ist nicht einzusehen, dass man die österreichischen Autofahrer nicht für gleich mündig befindet, wie die deutschen, die die Geschwindigkeit frei wählen. Geschwindigkeitsbeschränkungen soll es demnach nur mehr auf gefährlichen Streckenteilen sowie abhängig von der Wetterlage geben. Deshalb: Aus für Tempo 130!

7.26. Als einzige Partei Neuwahlen beantragt!

Das BZÖ hat als einzige Oppositionspartei im Nationalrat bereits im Juli 2007 einen Neuwahlantrag eingebracht, um den Bürgern die Möglichkeit zu geben, die rot-schwarze Belastungs-, Stillstands- und Streithansel-Koalition abzuwählen!

7.27. Neues BZÖ-Programm im Herbst 2008!

Das BZÖ will mit seinem neuen Programm, für das beim „Zukunftsdialog 2010“ im Vorjahr in Graz der Startschuss erfolgt ist, gleichermaßen ein Versprechen wie eine Gebrauchsanweisung vorlegen, wie wir unsere Arbeit für Österreich erfüllen: eine Garantieerklärung für den Weg des BZÖ! Als neue, moderne Bürgerbewegung rechts der Mitte, mit wirtschaftlicher Kompetenz und sozialer Verantwortung, als kontrollierende Kraft gegen rot-schwarze Misswirtschaft, Belastungen, Postenschacher und Proporz, gegen Bevormundungs- und Verbotspolitik, für Härte und Konsequenz bei Kriminalität und Sicherheit und der Ausländer-, Asyl- und Zuwanderungsgesetzgebung, für ein starkes, selbstbewusstes Auftreten gegen EU-Zentralismus und Bürokratie!

8. LEISTUNGSBILANZ Zukunftsakademie Österreich

Das Bildungsangebot der „Zukunftsakademie Österreich“ richtet sich an politische Funktionäre, Mitglieder und auch an Interessenten. Die enge Zusammenarbeit mit den regionalen Gremien des BZÖ und deren Bildungsreferenten garantiert eine Abstimmung des Angebotes auf die unterschiedlichen länder- und berufs-spezifischen Bedürfnisse und Wünsche.

Unter Beiziehung von Experten, Mandataren und weiteren Interessierten wird in der Zukunftsakademie Österreich an der Weiterentwicklung der Programmatik des BZÖ gearbeitet. Ziel ist die Vorlage eines neuen Programms, das den Anforderungen der Zukunft entsprechen wird.

Wissenschaftliche Untersuchungen als Grundlage für und zur Weiterentwicklung politischer Arbeit behandeln ein breit gefächertes Themenspektrum. Neben der

Bilanz – Veranstaltungen 2007

Programmklausuren Länder	5
Rhetorik- und Kommunikationsseminare	18
Berufs- und regionalspezifische Seminare	11
„Wer sind wir“ – Geschichte BZÖ	7
Programmarbeitskreise	30
Diskussionsveranstaltungen	6
Studien	4

Positionsbestimmung des BZÖ wurde etwa eine Studie zur Einführung eines Generationengeldes in Österreich vorgelegt. Die „Orangen Markierungen“ bieten einen Überblick in vier Sprachen über die politischen Zielsetzungen und die Entwicklungen des Bündnisses.

Diskussionsveranstaltungen runden das Angebot der Zukunftsakademie Österreich ab. Die Veranstaltungen „Mut zur Leistung – für eine sozial- und steuergerechte Zukunft Österreichs“ in Wien oder „Stärkung der Regionen statt Brüsseler Diktat“ in Graz zeigen beispielsweise die inhaltliche Breite.



9. DAS BZÖ IM PARLAMENT:

Das BZÖ mit nur 7 Abgeordneten ist zwar die kleinste Parlamentspartei, aber die innovativste und fleißigste – und die Fraktion mit der größten gestalterischen Kompetenz! Mit Klubobmann Peter Westenthaler, den Klubobmann-Stellvertretern Ursula Haubner und Herbert Scheibner sowie den Abgeordneten Veit Schalle, Josef Bucher, Gernot Darmann und Sigisbert Dolinschek haben die Österreicher eine konstruktive, kontrollierende und kompetente Vertretung ihrer Anliegen und Interessen im Nationalrat. Dazu kommt mit Bundesrat Peter Mitterer ein engagierter Repräsentant in der Länderkammer.

BILANZ BZÖ-KLUB XXIII. GP*

Selbständige Entschließungsanträge	99
Gesetzesanträge	39
Unselbständige Entschließungsanträge	100
Abänderungs- und Zusatzanträge	26
Misstrauensanträge	3
Dringliche Anfragen	6
Anfragen	172
Dringliche Anträge	1
Debattenbeiträge	480
Sondersitzungen	2

*Stand: April 2008



Rücksende-Postkarte

- Ich interessiere mich für das Seminarangebot der „Zukunftsakademie Österreich“ und bitte um Aufnahme in die Interessentenkartei .
- Ich interessiere mich besonders für Rhetorik Verhaltentechnik Parteiprogrammatik Geschichte Politik allgemein

Vor- und Familienname

Adresse

Haus-Nr.

Stiege

Tür

Geburtsdatum

Postleitzahl

Ort

E-Mailadresse

An die

ZUKUNFTS
AKADEMIE
ÖSTERREICH



Volksgartenstraße 3/5
1010 Wien

Falls Marke
zur Hand bitte
frankieren. Sonst
Porto beim Emp-
fänger einheben.



Eine Erfolgsgeschichte

